

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Die SVP will mit ihrer Kündigungsinitiative die Personenfreizügigkeit mit der EU beseitigen. Die Gegner behaupten und geben vor, ein Ja sei gleichbedeutend mit dem Ende des Vertragswerks.

Trotz Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative an der Urne,
hat das **Parlament** in der Folge **die Beziehungen mit der EU höher gewichtet als die verfassungskonforme Umsetzung dieser Initiative.**

Deren Hauptforderung – die Rückkehr zu einer eigenständigen Steuerung der Zuwanderung – ist nämlich klar nicht umgesetzt worden.

Die Kündigungsinitiative bietet Gelegenheit das zu korrigieren.

Ein Ja würde den Entscheid vom Februar 2014 bestätigen. Allerdings könnte dies auch zum Verlust der sechs übrigen Verträge der Bilateralen I führen. Stand heute wäre die EU – auch mit Blick auf die Brexit-Verhandlungen – nicht bereit, der Schweiz den privilegierten Zugang zum EU-Binnenmarkt (im einfachen Verfahren) ohne die Personenfreizügigkeit zu gewähren.

Das Nein-Komitee stellt folgende Fragen (Text: Weltwoche)

«Wollt ihr Wohlstand oder nicht? Diese Frage müsste eigentlich auf dem Abstimmungszettel zur Begrenzungsinitiative der SVP stehen, über die am 27. September abgestimmt wird. Zumindest scheint dies die Botschaft von Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) zu sein. In einem aufsehenerregenden Interview mit dem Blick sagte die Magistratin vor ein paar Tagen: «Die Frage ist: Wollen Sie Wohlstand oder nicht?» Ein Ja zur Initiative «mindert den Wohlstand der Schweiz». Und weiter: «Wir wären jahrelang in einem Vakuum, in dem wir nicht wissen, was gilt.

Das ist Gift für die Unternehmen.»

Bei den Wirtschaftsverbänden tönt es ähnlich. Laut Economiesuisse stellt die Initiative ein «Hochrisikoexperiment dar, das den Wohlstand der Schweiz ernsthaft gefährdet». Und der Direktor des Gewerbeverbands, Hans-Ulrich Bigler (FDP), der die Nein-Kampagne von der Wirtschaftsseite aus anführt, findet: «Der freie Personenverkehr ist überlebenswichtig für den Fachkräftemarkt und die KMU.» Die Initiative greife das «Fundament der Schweizer Wirtschaft» an. Eigens ein Gutachten liessen die Ostschweizer Industrie- und Handelskammern kürzlich bei der Basler Firma BAK Economics anfertigen.

Das Resultat: «Die Bilateralen I», darunter die Personenfreizügigkeit, seien «zentral für die langfristige Sicherung des hohen Wohl- und Lebensstandards in der Schweiz.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Die derzeitige Kampagne der Initiativgegner setzt die Angst ums Portemonnaie ins Zentrum ihrer Argumentation. Damit reimt sie sich in befremdlicher Weise mit den Aussagen der EWR-Befürworter im Jahr 1992. Blenden wir zurück. Das bürgerliche Aktionskomitee «Ja zum EWR» argumentierte so: «Bald ist die Schweiz kein Sonderfall mehr, sondern vielleicht ein Sanierungsfall. Wenn wir so weiterwursteln, ist der EG-Beitritt bald weniger ein Thema als der Beitritt zur Lomé-Konvention für Entwicklungsländer.» Ins gleiche Horn stiess Staatssekretär Franz Blankart, EWR-Chefunterhändler der Schweiz.

Sowohl in der Schweiz als auch im Vereinigten Königreich haben sich die Voraussagen, mild ausgedrückt, als unzutreffend erwiesen. Die Schweiz ist nicht zum Entwicklungsland herabgesunken. Sie hat, im Gegenteil, zwei wirtschaftlich recht erfolgreiche Jahrzehnte erlebt. Das Argument, dass das EWR-Nein die Schweiz in eine Wirtschaftskrise schlittern liess, sticht nicht, wie der Zürcher Wirtschaftshistoriker Tobias Straumann unlängst in der NZZ darlegte.

Die ursprüngliche Idee der Guillotine-Klausel bestand darin, die ungeliebte Personenfreizügigkeit mit sechs für die Schweiz vorteilhaften Verträgen zu verbinden und sie damit unumkehrbar zu machen.

Nach fast zwanzig Jahren Erfahrung kann man aber sagen:

Im Vergleich zur Personenfreizügigkeit sind all diese Verträge unwichtig. Und ihre Bedeutung wird weiter abnehmen. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU entfällt erstmals weniger als die Hälfte der Schweizer Güterexporte auf die Europäische Union. Der Anteil der EU am Welthandel (und an den Schweizer Exporten) ist schon unabhängig vom Brexit langfristig im Sinkflug.»

Heute nur noch 40 % (ohne UK)!

Über 150'000 Arbeitslose, mehrere hunderttausend Leute in Kurzarbeit und bevorstehende Kündigungswellen bedrohen unseren Schweizer Werkplatz. Es ist skandalös, dass es dem Bundesrat in dieser Krise mit der Wiedereröffnung der Grenzen nicht schnell genug gehen konnte, so dass wieder tausende billige EU-Ausländer auf den Schweizer Arbeitsmarkt drängen.

Das schadet uns allen, besonders aber den älteren Schweizer Arbeitnehmenden – sie finden bereits ab 55 Jahren kaum mehr eine Stelle. **Bundesrat und Parlament geben zwar zu, dass die Personenfreizügigkeit schadet.**

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Doch, statt die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern, schaffen sie mit Steuergeldern eine Entlassungsrente.

Im Klartext: Statt älteren Arbeitnehmenden eine Perspektive zu geben, werden sie in eine Rente entsorgt. Das ist nicht nur teuer, sondern auch würdelos.

Wie viele Milliarden CHF liefern wir heute schon an die EU ab? Für die Entwicklung rückständiger Staaten. Die EU verliert durch den Rückzug von Grossbritannien jährlich 5 Mia. Da ist die reiche Schweiz willkommen, auszugleichen.

Profitiert von diesem Wachstum haben aber nur die obersten Kader und Manager großer Firmen. Bedauerlicherweise meist gierige Ausländer, deren Konto nicht gross genug sein kann (Dogan, Thiam, Schwan, Franz, Weber, Wolle usw.). Leidtragende sind der Mittelstand. Stagnierende Löhne bei massiv gestiegenen Mieten und Eigenheim-Preisen, KK-Prämien. Und wer glaubt, es werde mit der Integration in die EU besser, soll weiter träumen!

Was benötigt würde wären Frauen und Männer:

- die nicht gekauft werden können
- die ihre Versprechen halten
- der Charakter über Geld stellt
- die eine klare Meinung und Willen besitzen
- die innere Grösse über die äussere Karriere stellen
- die ihre Identität in der Menge nicht verlieren
- die ehrlich im Kleinen wie auch im Grossen sind
- die keinen Kompromiss mit Falschheit eingehen
- deren Ambitionen nicht auf persönliche Vorteile eingeschränkt sind
- die nicht sagen: „wir machen es, weil alle anderen es auch machen“
- die ihren Freunden bei Erfolg und Misserfolg treu bleiben
- die nicht glauben, dass Raffinessen, Tricks und Berechnungen die einzigen Schlüssel zu Erfolg sind
- die sich nicht schämen, für die Wahrheit zu stehen, auch wenn sie unpopulär ist und
- die mit Entschiedenheit „NEIN“ sagen können, auch wenn die ganze Welt „JA“ sagt.

Das grösste Problem ist die überbordende Zuwanderung in unsere Sozialsysteme. 90% der Asylanten sind auf Sozialhilfe. Die Arbeitslosigkeit der EU-Zuwanderung ist doppelt so hoch wie die der Schweizer.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Und NZZ, Tagi, SRG, mit KKS, Gewerkschaften etc. wollen noch viel mehr holen. Die Schweiz wird kollabieren. Wie unser fetter Beamtenstaat versagt, zeigt beispielhaft das lausige BAG in Bern.

Konflikte entstehen aufgrund einer Unvereinbarkeit im Denken, Vorstellen, Wahrnehmen, Fühlen oder Wollen zwischen zwei oder mehreren Parteien.

Verschiebt sich der Konflikt von der Sach- zur Beziehungsebene und wird zu stark emotional geführt, beginnt er zu eskalieren.

Für das Verhalten während eines Konflikts gibt es verschiedene Strategien, die Machtstrategie, Nachgeben, Flucht, Gemeinsame Problemlösung und den Kompromiss. Wobei hier die Gemeinsame Problemlösung und der Kompromiss immer mehr zu kurz kommen.

Mit was ist bei einem Nein bei dieser Abstimmung zu rechnen:

10 Mio. Einwohner, fehlende Arbeitsplätze, unbezahlbare Mieten, verstopfte Züge und Autobahnen und verschuldetet und kaum bezahlbare Sozialwerke. Nur schon heute ist unsere AHV alles andere als gesichert, bzw. finanziert.

Die Zuwanderung bring kaum eine Verbesserung des Wohlstandes. Der Kuchen wird zwar grösser. Geteilt durch eine immer grössere Anzahl Einwohner, blieben die Kuchenstücke aber immer gleich gross. Das ist was die Statistik zeigt.

Bei einer weiter anwachsenden Bevölkerung werden die Klimaziele kaum erreicht werden können.

Die bilateralen Verträge bieten Vorteile, abgesehen von der Personenfreizügigkeit,

wiegen aber in KEINEM FALL DIE NACHTEILE EINER ZUWANDERUNG AUF.

Mit der Initiative soll die Schweiz wieder die Kontrolle über die Einwanderung erhalten.

EU-Kohäsionsforderungen in Milliardenhöhe

Die EU hat die nächste Runde mit **energischen Geld- und Rechts-Forderungen** an die Schweiz eröffnet, wobei erwartet wird, dass wir unsere Souveränität gravierend einschränken (u.a. **EU-Recht und Zuwanderung**).

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Hoffentlich konsultieren unsere Diplomaten wieder einmal die Ausgangsbasis, die sich wie folgt stellt:

2019 exportierten wir mit CHF 155 Mrd. **50 % unserer Exporte in die EU.**

Der **UK-Anteil** betrug CHF 28 Mrd. somit **rund 20 % EU-Anteil.**

Die EU-Export Relevanz für die CH wird damit um 1/5 auf 40 % schrumpfen!

Bei einem anzunehmenden **Austritt Italiens = noch weniger Relevanz!**

Und: **Die Zulieferungen an die EU-Auto-Industrie sinken, aber**

Zuwanderung und die Sozialkosten und der Dichtestress wird steigen!!

Dagegen importierten wir 2019 von der EU CHF 164 Mrd., also rund CHF 10 Mrd. mehr als Export.

Wer muss hier nun wem was bezahlen und sich unterwerfen?

Was vergessen und unterschlagen wird:

Mit ein bisschen Mehraufwand werden wir unter den WTO-Regeln in jedem Fall exportieren können. Was fabulieren hier der Bundesrat und die Verbände?

Es kommt einer Anmassung gleich, was hier die EU mit ihren Forderungen an die Schweiz vorlegt.

Wer hat hier, bei diesem Thema, das Rechnen verlernt, um die Schweizer Interessen

souverän einzubringen?"

Bestechung, Betrug, epochaler Rechtsbruch – diese Aufzählung bezieht sich nicht etwa auf eine Anklageschrift in einem Verfahren der Organisierten Kriminalität, vielmehr handelt es sich dabei **um Vorwürfe gegen den EU-Gipfel.**

Die von den Medien als »historisch« bejubelte Schuldenunion stellt sich nach Durchsicht der Fakten vor allem als **historischer Rechtsbruch** dar.

Die journalistische Parallelwelt in Deutschland zeigt auch bei diesem Vorgang einmal mehr, dass sie Objektivität gegen absolute Regierungskonformität eingetauscht hat.

Der Bundesrat, das Parlament sowie die ganze Schweizer Bevölkerung irren hier im grosskalibrigen, kommenden Abstimmungs-Herbst-Nebel herum!!

Im Übrigen:

100 Länder betreiben Handel mit der EU, auch ohne EU-Knebel-Vertrag

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Nach sieben Jahren fallen dann bei den Arbeitslosen alle Sozialkosten bei den Gemeinden an, die heute schon Mühe haben, die Kosten zu stemmen. Zudem sind von zehn Kriminellen, welche das Land verlassen müssten, vier als Härtefälle bezeichnet, mit Kostenfolgen, weil ein Landesverweis für sie angeblich unzumutbar sei. Die Frage also: Wollen wir Verhältnisse wie in F und D.

1. Ohne griffige Zuwanderungsbeschränkungen würde eine Limitierung der Bauzonen dazu führen, dass nur noch Superreiche sich Land leisten können und dass bestehendes Eigentum vom Mittelstand mit der Zeit immer mehr in die Hände der Superreichen erodieren wird.

2. Sie sagt, dass sie weniger Ausländer beschäftigt als der Ausländeranteil in der Schweiz. Das ist bemerkenswert! Bei vielen Techunternehmen ist man als Schweizer mittlerweile ein Exot.

3. Wenn man gegen eine zu grosse Zuwanderung ist und nicht will, dass man sämtliche Fachkräfte im Ausland holen muss, dann muss man eben ins Ausland gehen: nämlich dorthin wo die Fachkräfte zu Hause sind und wo ihre Familien leben. Alles andere ist Schmarotzertum.

4. Wie hoch sind die Dividenden denn im Verhältnis zum Aktienkapital?

1. Nein, es braucht beides. Es braucht eine Beschränkung der Zuwanderung UND eine Beschränkung der Einzonung. Aber das widerspricht sich auch nicht, und ist auch kein Problem, da eine Beschränkung der Zuwanderung automatisch dazu führt, dass weniger gebaut werden muss. Denn wenn weniger Menschen kommen, braucht es auch weniger Wohnungen und es findet auch keinen Druck nach oben auf die Landpreise/Mietpreise mehr statt.

2. Das stimmt so nicht. Die Ingenieurwissenschaften an der ETH boomen. Nur wenn alle Firmen denken sie können ausschliesslich in der Schweiz entwickeln und können vor allem hier Steuern sparen, dann reicht einfach der eigene Nachwuchs nicht.

3. Es geht nicht darum, dass jemand gehen muss! Es geht darum, dass weniger kommen sollen. Gerade die Rohstofffirmen sind nur wegen den tiefen Steuern hier, bestimmt nicht, weil sie in irgendeiner Art und Weise etwas zu unserer Gesellschaft beitragen möchten. Und die Medizinal Branche macht das Geld hauptsächlich damit, weil wir in der Schweiz durch die Krankenkassenzwangsabgaben absolut keinen freien Markt mehr haben. Die können jeden Preis verlangen und wir müssen ihn bezahlen. Sie nutzen ihre

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Anwesenheit sogar zum Erpressen der hohen Preise, weil sie sonst drohen abzuwandern.

Die EU ist ein Konstrukt für die entwurzelten Bosse und die PFZ das wichtigste Mittel, um deren eigenes Einkommen zu maximieren: Menschenhandel, Immobilienspekulation, Umweltzerstörung und nach ihnen die Sintflut...

Wie gut das in der EU funktioniert, zeigen die Billionen über Billionen, mit welchen die Zentralbanken den Zerfall zu bremsen versuchen. Nur leider ein aussichtsloses Unterfangen, in einem System, in dem die Chef-Heuschrecken einfach weiterziehen können, nachdem sie ihr Werk vollendet, haben... Darum NEIN stimmen, sonst erzürnt ihr die entwurzelten Donnergötter und ihre Delegationen in Brüssel (!)

Haben Sie nicht festgestellt, dass gerade in der West- und Nordwestschweiz während der Grenzkontrolle die Kriminalität massiv gesunken ist. Glauben Sie nicht, dass gerade die EU daran interessiert, ist an einem Transitabkommen. Man kann, wenn man will, die Grenzkontrollen durchführen aber auch vereinfachen.

"Das wichtigste Abkommen für die Exportindustrie wird aber nicht angetastet: das Freihandelsabkommen von 1972." Das stimmt.

Ich verstehe nicht warum so viel an diese Überbrückungsrente glauben. Selbst Wirtschaftsvertreter z.B. auf Tele Zürich sagen, dass die Wirtschaft diese Rente ausnützen werden, um Angestellte loszuwerden. Es wurde auch noch nie ein neues Sozialwerk einfach so mir nichts dir nichts in dieser absoluten Rekordzeit durchgeboxt. Es ist derart offensichtlich, dass dieses Sozialwerk geschaffen wurde, um diese Initiative zu bekämpfen- sehr teuer wie mir scheint, ist diese Bekämpfung.

Auch dass Frau Bundespräsidentin Sommaruga die EU gebeten hat (gem. SRF DRS) keinen Druck, keine Forderungen zu stellen - ist doch alles sehr komisch. Es scheint ein politisch unsaubere Abstimmungsverfälschung im Gange zu sein.

Lesen Sie einmal den Rahmenvertrag und klemmen Sie sich einfach hinter die Guillotine Klausel. Was macht die EU laufend, Sie droht. Was hat Deutschland gemacht während der Corona, Sie hat medizinische Produkte für die Schweiz zurückgehalten. Was fordert die EU, die Schweiz soll mehr und sofort weitere Kohäsionsmilliarden zahlen. Was verlangt die EU, dass wir fremde Richter akzeptieren sollen. Was steht im Rahmenvertrag, dass wir die Unionsbürgerschaft akzeptieren sollen, also Schluss mit Demokratie und Selbstbestimmung und das nennen Sie die EU sein ein Erfolgsmodell.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Es ist unglaublich, wie einfache und ängstliche Bürger sich von der NEIN-Propaganda einlullen lassen. Bei einem JA wird der Vertrag neu aufgesetzt werden müssen und die EU-Bürokraten haben keinerlei Interesse, schon wieder ein Land zu verlieren und vor den Kopf zu stossen. Die EU und die Währungsunion stehen vor dem Aus- jeder Bürger, der wenigstens die Primarschule absolviert hat, kann doch sehen, dass die meisten EU-Staaten nur noch mit gewaltigen Schulden vor dem Konkurs vorläufig gerettet werden können. Wo führen die Riesenschulden nur hin. Unabhängigkeit und Selbständigkeit sind Erfolgsfaktoren, die die CH auch in Zukunft überleben hilft- auch wenn man den Gurt ein wenig enger schnallen muss und die Zeit und Politik der hohlen Hand vorbei sein wird!

Die EU will gar nicht verhandeln Sie will, dass wir Ihre Forderungen akzeptieren, d.h. die EU würde über uns bestimmen, Warum haben die meisten Kommentarschreiber keine Ahnung, wie sich der Handel zwischen der Schweiz und der EU entwickelt. Die EU profitiert in vielen Belangen von der Schweiz und kann auf diese nicht verzichten. Qualitätsprodukte, Liefersicherheit und natürlich die Grenzgänger. Wer hat sich besser entwickelt, ist erfolgreicher, die Schweiz oder die EU? Die Schweiz importiert mehr Ware aus der EU als die EU von der Schweiz. Will die EU darauf verzichten. Noch etwas wichtiges, heute können wir noch Handelsverträge mit anderen Staaten selbständig abschliessen, bei einer weiteren Anbindung an die EU ist dies nicht mehr gestattet,

Braucht es nicht. Es ist ganz einfach. Wie haben genug Ausländer hier, die bereits über 50% der Arbeitslosen ausmachen.

Mit gesundem Menschenverstand ist klar, dass genug Leute in diesem Land sind und erst mal die Arbeitslosen wieder einen Job brauchen. Oder wollen wir zusehen, wie unser Land von den nach Corona Arbeitslosen aus der EU überschwemmt wird, weil ja alle herkommen und in die Sozialwerke einwandern können.

Kennen Sie EMS-Chemie, kennen sie die Produkte, die hergestellt werden, Fachleute können immer in der Schweiz arbeiten, aber Frau Martullo hat es genau erklärt, dass 80 % der Zuwanderer in unser Sozialsystem kommen, da diese unqualifizierte sind. Es ist aber bekannt im Schengenraum, dass die Schweiz das grosszügigste Sozialsystem hat und falls der Rahmenvertrag auch noch unterzeichnet würde, wir mit Menschen aus dem EU noch mehr überschwemmt würden.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Wollen Sie, dass die Schweiz noch mehr zubetoniert wird, dass wir im Verkehr noch mehr ersticken und wollen Sie tatsächlich eine 10 bis 12 Millionen Schweiz. Die Guillotine-Klausel, welche seinerzeit eingeführt wurde, ist eine unglaubliche Vereinbarung

KEIN einziges Land dieser Welt hat eine Personenfreizügigkeit mit seinen Nachbarn, keins! Zumindest diejenigen ausserhalb der EU.

Was profitiert die EU nur von den Transit-Abkommen Strassen und Bahn.

Man verkauft nicht die Zukunft, um es in der Gegenwart etwas angenehmer zu haben. Dann brauchen wir auch keine Anstrengungen für das Klima machen, wenn die Zuwanderung schlussendlich jede Einsparung zunichte macht.

730 Jahre nach Wilhelm Tell fordert ein neuer Teil, der aus Sri Lanka stammende, in Basel lehrende Soziologe Aratnam, das Schweizer Volk, in der Sonntags-Zeitung auf, Integrationskurse zu besuchen, damit es im eigenen Land nicht zu einer Minderheit der Verlierer wird! Die Ausländer würden in der Schweiz, sagt der Basler Forscher, bereits in den obersten Rängen der Wirtschaft wie der Hochschulen dominieren. Sie seien auch dominant in der Schweizer Unterschicht. **Jetzt gehe es darum, diesen unaufhaltsamen Prozess zu verinnerlichen und zu trainieren.** Nur damit werde das Überleben des Schweizer Mittelstands gesichert. **Seither herrscht in den Schweizer Medien dröhnendes Schweigen.**

In Wirklichkeit sitzen an den Schaltstellen der Wirtschaft US-Amerikaner, Holländer, Deutsche, Russen, Franzosen, Inder und Topmanager aus aller Welt. Sie sind es, die über den Wohlstand der Schweiz und ihres Volkes entscheiden!

An Schweizer Primar- und Sekundarschulen sind nach OECD (Paris) Schweizer Kinder bereits in der Minderheit. Solche mit Migrationshintergrund sind die Mehrheit.

In zahlreichen Zürcher Vorortgemeinden sprechen über 80 Prozent der Schüler zuhause kein Deutsch. Weder Züri- noch Hochdeutsch.

Die Erste Säule der AHV ist von Jahr zu Jahr weniger sicher. Die Zweite Säule bringt durch die Politik der Nationalbank den Sparern kein Geld mehr ein. Die Dritte Säule privater Ersparnisse lebt mehr von Erbschaften und Lottogewinnen als von dem, was eine Familie noch erwirtschaften kann.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Wie unsere Gesundheit aufs Spiel gesetzt wird, hat in den letzten Monaten das Bundesamt für Gesundheit (BAG) demonstriert. An dessen Spitze stehen ein Karrierediplomat (Pascal Strupler), eine Theologin (Andrea de Falco), ein farbloser Beamter (Patrick Mathys) und neu eines studierten Infektiologen (Stefan Kuster).

Derweil sieht das Schweizer Volk, wirtschaftlich immer mehr auf der Rutschbahn, keinen Retter nahen.

In der gleichen Situation hat der „White trash“ in den USA vor vier Jahren Donald Trump, einen Spekulanten und, wie sich heute zeigt, Betrüger, in das Spitzenamt gewählt.

Die Italiener sind 20 Jahre auf Silvio Berlusconi hereingefallen, der jetzt, mit 83, schon wieder auf

Ein neues Skandalurteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), das bereits am 16. Juli veröffentlicht worden ist, in den Medien aber kaum Beachtung gefunden hat (Aktenzeichen [C-517/17](#)), lässt alle Dämme brechen. Dabei stellt diese Entscheidung die Funktionsfähigkeit des europäischen Asylsystems in Frage. Das höchste EU-Gericht, dessen Rechtsprechung für alle Mitgliedsstaaten bindend ist, hat nämlich der Klage eines Asylbewerbers aus Eritrea stattgegeben, der in Deutschland einen Asylantrag gestellt hatte, obwohl er bereits in Italien als Flüchtling anerkannt worden war. Das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wollte den Mann deshalb im Rahmen eines Wiederaufnahmeverfahrens an die italienischen Behörden überstellen.

Nach den Vorschriften der einschlägigen Dublin-Verordnung liegt die Zuständigkeit für einen asylsuchenden Drittstaatenbürger regelmäßig bei dem Mitgliedsstaat, in dem die Person erstmals den Boden des sog. Schengenraums betreten hat.

Die begleitende Verfahrensrichtlinie 2013/32 sieht deshalb vor, dass ein Antrag auf internationalen Schutz etwa in Deutschland als unzulässig betrachtet werden kann, wenn dieser Schutz bereits von einem anderen EU-Land gewährt wurde, hier also Italien. Der EuGH hat die Hürden für die Rückführung von Migranten in solchen Fällen nun deutlich erhöht.

Die Luxemburger Richter betonten nämlich, dass die Ablehnung eines Asylantrags nur zulässig ist, wenn der Betroffene zuvor Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung hatte.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Bei dieser Anhörung – und das ist der eigentliche Knackpunkt – soll sich der Antragsteller nicht nur dazu äussern können, ob ihm ein anderer Mitgliedsstaat tatsächlich internationalen Schutz gewährt hat.

Die Drohungen von Bundesrat und Wirtschaftsverbänden seien nie wahr geworden. Nach dem EWR-Nein 1992 sei die Schweiz mit den Bilateralen Verträgen gut gefahren. Jüngst sei der Eindruck entstanden, die fehlende Anerkennung durch die EU würde die Schweizer Börse kaputt machen. «Jetzt haben wir jedoch eine sehr gute Lösung», sagte Röstli. Bei einem Ja zur SVP-Initiative werde es schon etwas «tschäderen». Die EU werde aber mit der Schweiz einen Weg finden, weil sie ein grosses Interesse an den bilateralen Verträgen habe – «sonst ist sie dumm». Zum Beispiel exportiere sie mehr Käse in die Schweiz als sie importiere dank dem Landwirtschaftsabkommen – «eigentlich eine Schande».

Die Bilateralen sind für die SVP «in Ordnung»

Mit der Begrenzungsinitiative will die SVP die Zuwanderung aus der EU wieder eigenständig regeln, nämlich mit Kontingenten. Bei einem Ja hat der Bundesrat ein Jahr Zeit, um in Verhandlungen mit der EU das Abkommen zur Personenfreizügigkeit ausser Kraft zu setzen. Falls Brüssel dazu nicht Hand bietet, muss der Bundesrat das Abkommen kündigen. Durch die Guillotine-Klausel ist die Personenfreizügigkeit mit den übrigen sechs Abkommen der Bilateralen I verknüpft. Wird eines der Abkommen gekündigt, werden auch die übrigen ausser Kraft gesetzt. Die Bilateralen I seien zwar für die SVP in Ordnung, sagte Röstli. Doch ihr Wegfall sei in Kauf zu nehmen, weil sie der Schweiz bedeutend weniger nutzen, würden als die Zuwanderung dem Land schade. Mit der Kündigung der Personenfreizügigkeit könne die Wirtschaft halt nicht mehr aus der EU billige Arbeitskräfte rekrutieren, sagte Röstli.

Der Marktzutritt ist bei einem Wegfall der Bilateralen laut der SVP durch das Freihandelsabkommen mit der EU und die Abkommen der Welthandelsorganisation gesichert. Dies sieht der Bundesrat anders. Selbst ein umfassendes Freihandelsabkommen ohne Rechtsharmonisierung ermögliche keine mit den Bilateralen vergleichbare Teilnahme am EU-Binnenmarkt.

10 000 bis 20 000 Zuwanderer weniger pro Jahr

Auch die SVP räumt ein, dass die Schweiz auf Zuwanderung angewiesen ist. Doch die rund 670 000 Einwanderer aus EU-Ländern in den letzten 13 Jahren seien zu viel. Ohne Masshalten steuere das Land auf eine 10-Millionen-Schweiz zu. Doch was heisst Masshalten? Auch am Dienstag nannte Röstli keine Obergrenze der Zuwanderung. Aber er liess sich immerhin eine Zahl entlocken: «Wenn der Inländervorrang konsequent angewendet würde, dann wäre die Zahl der Einwanderer pro Jahr um 10 000 bis 20 000 Personen tiefer.»

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Statt den 670 000 Einwanderer in den vergangenen 13 Jahren wären es so rund 400 000 gewesen. Künftig braucht es laut Rösti einige tausend Zuwanderer pro Jahr, je nach Branche. Während der Hochkonjunktur könnten es aus seiner Sicht auch einige zehntausend Arbeitskräfte sein.

Während Rösti seine Argumente mit viel Fachwissen untermauerte, nahm sein designierter Nachfolger eine andere Rolle ein. Der Tessiner Chiesa schilderte die Situation in seinem Kanton. Er sieht das Tessin als Vorbote für Entwicklungen in der ganzen Schweiz. Der Mittelstand sei massiv unter Druck. Junge Menschen würden kaum eine Stelle finden, die masslose Zuwanderung habe zu enormem Lohndruck geführt. Die Schweiz verkomme zunehmend zum Satelliten der EU und verliere ihre Identität. Im Tessin habe man es satt, dass Gewerkschaften sowie wirtschaftliche und politische Eliten vorgaukeln würden, die flankierenden Massnahmen würden vor den negativen Folgen der Personenfreizügigkeit schützen.

Chiasas Schalk

Chiesa hielt sein Referat ausschliesslich auf Italienisch. In der Fragerunde bat ihn ein Journalist, eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Argumente auf Deutsch zu präsentieren. Dabei wurde klar, was der Tessiner auch selbst einräumt: um im politischen Schlagabtausch bestehen zu können, muss er sein Deutsch verbessern. Er hat aber auch gezeigt, dass er mit Witz beim Publikum punkten kann. Nach den Ausführungen der Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz auf Französisch forderte Chiesa sie lachend dazu auf, eine deutsche Zusammenfassung zu liefern. Worauf sie konterte, sie wolle nicht Parteipräsidentin werden.

Das Wichtigste in Kürze

- Ziel der Volksinitiative der SVP ist es, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern aus der EU wieder eigenständig und ohne Personenfreizügigkeit regelt.
- Bei einer Annahme soll der Bundesrat mit der EU die Beendigung des Abkommens über den freien Personenverkehr (FZA) aushandeln. Dafür lässt ihm der Initiativtext zwölf Monate Zeit. Findet die Regierung mit Brüssel innerhalb dieser Frist keine einvernehmliche Lösung, muss sie das FZA innert dreissig weitere Tage kündigen.
- Die Personenfreizügigkeit würde verboten. Der Bund soll keine entsprechenden Vereinbarungen mehr eingehen dürfen.
- Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Aus ihrer Sicht wäre die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit hohen Kosten für die Wirtschaft verbunden. Zudem hätte dies den Wegfall des ersten Pakets der Bilateralen zur Folge, welche über die Guillotine-Klausel miteinander

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

verknüpft sind. Die Regierung anerkennt jedoch, dass die Zuwanderung auch zu Herausforderungen führt. Sie hat deshalb zusätzliche Massnahmen beschlossen, um inländische Arbeitskräfte besser zu unterstützen. Zudem sollen ausgesteuerte ältere Arbeitslose eine Überbrückungsrente erhalten.

Die Vorlage im Detail

- 1.Darüber stimmen wir ab
- 2.Darum ist die Initiative von Bedeutung
- 3.Das sind die Argumente der Befürworter
- 4.Das sind die Argumente der Gegner
- 5.Der Parolen Spiegel
- 6.Die Meinung der NZZ
- 7.Weiterführende Informationen
- 8.So bleiben Sie auf dem Laufenden

Darüber stimmen wir ab

Die Zuwanderung aus der EU ist seit 2002 mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA) geregelt, wobei die volle Freizügigkeit erst seit 2007 gilt. Damit hat die Schweiz den Zugang von Bürgern aus Mitgliedstaaten der EU und der Efta (neben der Schweiz Liechtenstein, Island und Norwegen) zu ihrem Arbeitsmarkt liberalisiert.

Umgekehrt haben Schweizer Bürger das Recht, ihren Arbeitsplatz und ihren Aufenthaltsort in EU-Staaten frei zu wählen. Die vorliegende Initiative will die Personenfreizügigkeit mit der EU und den Efta-Staaten beenden.

Dazu verlangt das Volksbegehren zum einen, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern eigenständig regelt. Dies würde für Bürger aus EU-Staaten auf eine Rückkehr zu Kontingenten oder zu einem vergleichbaren Regime hinauslaufen. Ein entsprechendes System galt bereits, bevor die Personenfreizügigkeit in Kraft getreten ist.

Zum anderen sieht die Initiative vor, dass die Schweiz keine Zuwanderungsregime mehr eingehen darf, welche die Personenfreizügigkeit vorsehen. Mit der EU müsste der Bundesrat auf dem Verhandlungsweg eine Lösung suchen, um das Freizügigkeitsabkommen einvernehmlich aufzulösen, und dass innerhalb von zwölf Monaten. Gelingt dies nicht, muss die Regierung das FZA innert einen weiteren Monat kündigen, ohne weitere Mitsprache des Parlaments oder Stimmvolks.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Darum ist die Initiative von Bedeutung

Die Volksinitiative verlangt bei der Schweizer Zuwanderungspolitik mit der EU einen grundlegenden Wechsel. Sie will den freien Personenverkehr untersagen und das bestehende Freizügigkeitsabkommen mit Brüssel kündigen. Dabei handelt es sich um den wohl wichtigsten bilateralen Vertrag mit der EU. Dieser ermöglicht es Schweizer Unternehmen, unbürokratisch Fachkräfte und weitere Arbeitnehmer zu rekrutieren.

Die Initiative ist eine Reaktion auf die hohe Zuwanderung aus der EU von 2007 bis 2013, die in den letzten Jahren jedoch stark zurückgegangen ist. Zwar war diese zeitweise auch vor der Einführung der Personenfreizügigkeit sehr hoch. Der Bundesrat legte aber Höchstzahlen fest.

Die Zuwanderung aus der EU ist in den letzten Jahren zurückgegangen

Eine Annahme der Initiative hätte zudem weitreichende Folgen für die Schweizer Europapolitik. Das Freizügigkeitsabkommen gehört zum ersten Paket der bilateralen Verträge mit der EU, mit denen es über die sogenannte Guillotine-Klausel verknüpft ist. Dazu zählen unter anderem die Abkommen über die technischen Handelshemmnisse und den Land- und Luftverkehr. Bei einer Kündigung der Personenfreizügigkeit würden diese automatisch wegfallen.

Das sind die Argumente der Befürworter

Die Initianten stören sich daran, dass eine zentrale Forderung der Masseneinwanderungsinitiative, die eigenständige Steuerung der Zuwanderung aus der EU, nicht erfüllt worden ist.

Sie argumentieren, seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit seien viel mehr Personen eingewandert, als der Bundesrat prognostiziert habe.

Einheimische hätten im Arbeitsmarkt zusehends Mühe, namentlich ältere Personen, der Wohnraum werde knapper, und die Landschaft werde zubetoniert. Zudem werde die Sozialhilfe überdurchschnittlich durch Ausländer belastet. Ein freies Land wie die Schweiz habe die Zuwanderung selbst zu steuern, wie es die meisten erfolgreichen Länder täten. Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU bestimme diese aber nicht mehr selbst, wer kommen dürfe und wer nicht.

Zu den Folgen, die eine Kündigung der Personenfreizügigkeit für die Bilateralen hätte, äussern sich die Initianten nur zurückhaltend. Auch die EU profitiere von diesen Verträgen stark, sagte Präsident Albert Rösti im Januar an der Delegiertenversammlung der SVP.

Das sind die Argumente der Gegner

Die Gegner sprechen von der Kündigungsinitiative, weil das Volksbegehren das FZA mit der EU beenden will.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Aus Sicht des Bundesrats wäre ein Wegfall des Abkommens mit hohen Kosten verbunden. Dieses stärke die Wirtschaft und die Wettbewerbsfähigkeit. Die Schweiz werde wegen des demografischen und strukturellen Wandels auch in Zukunft auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen sein. Eine Annahme der Initiative würde die Rekrutierung erheblich erschweren.

Die Personenfreizügigkeit mit der EU gelte zudem nicht bedingungslos. Voraussetzung sei, dass jemand über einen Arbeitsvertrag verfüge, selbständig erwerbend sei oder ausreichende finanzielle Mittel vorweisen könne. Die Zuwanderung über das FZA erfolge vor allem in den Arbeitsmarkt. Diese habe insgesamt nicht zu einer Zunahme bei den Bezügen von Sozialleistungen geführt.

Die Gegner argumentieren weiter, die Verträge des ersten Pakets der Bilateralen sicherten der Schweiz einen weitgehend diskriminierungsfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt. Der Wegfall hätte für die Wirtschaft einschneidende Folgen. Die Initiative riskiere bei den Beziehungen zur EU einen ungeregelten Zustand, indem der bilaterale Weg grundlegend infrage gestellt wäre.

Der Parolen Spiegel

Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 123 zu 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab, der Ständerat mit 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die Meinung der NZZ

Die NZZ lehnt die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» ab. Die SVP will mit ihrem Volksbegehren die bilateralen Verträge torpedieren. Hätte sie damit Erfolg, wäre das für die Schweiz fatal: Das Land und die Wirtschaft haben unter dem Strich stark von der Personenfreizügigkeit und den weiteren Marktzugangsabkommen mit der EU profitiert.

«Kehrtwende: Für eine weltoffene, nachhaltige und eigenständige Schweiz» ist der Titel des einseitigen [Inserates](https://www.infosperber.ch/data/attachements/Inserat.pdf). **(Bitte unbedingt aufrufen und lesen)** (<https://www.infosperber.ch/data/attachements/Inserat.pdf>) das Verena Tobler und Mitunterzeichner **in der NZZ veröffentlichen wollten**. Der Aufruf enthält keine ehrenrührigen oder strafrechtlich problematischen Stellen, Eine Nachfrage von *Infosperber* zum **Grund der Ablehnung** bei der **NZZ-Chefredaktion** wurde von der Pressestelle mit folgendem Wortlaut beantwortet: **«Gemäss Punkt 5 unserer Allgemeinen Geschäftsbedingungen behalten wir uns vor, Inserate ohne Angabe von Gründen abzulehnen.** Dies ist im vorliegenden Fall geschehen».

Das Schweizervolk nahm 2014 die Einwanderungsinitiative an, und in der Folge scheiterte der Versuch des Bundesrats von Neuverhandlungen mit der EU.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Dennoch hat die Schweiz das Abkommen zur Personenfreizügigkeit nicht gekündigt, weil das Parlament dies nicht wollte und die Initiative nicht umsetzte. Als Feigenblatt diente der Hinweis, dass die Einwanderungsinitiative nicht ausdrücklich die Kündigung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit gefordert habe.

Initiative zur Kündigung

Die im September zur Abstimmung kommende Begrenzungsinitiative liefert dieses Feigenblatt nicht. Auch dieser Vorstoss verlangt die Beendigung der Personenfreizügigkeit und fordert Neuverhandlungen mit der EU. Doch der Vorstoss sagt klar, dass der Bundesrat das Abkommen zur Personenfreizügigkeit kündigen muss, wenn innert zwölf Monaten nach Annahme der Volksinitiative keine Verhandlungslösung vorliegt.

Das Vertragspaket der Bilateralen I ist seit 2002 in Kraft. Im Kern geht es um Erleichterungen des gegenseitigen Marktzugangs (vgl. Zusatztext). Aus Sicht von Ökonomen steigert der Abbau von Marktbehinderungen in der Regel den Wohlstand: Der verstärkte Wettbewerb erhöht via Handel und Direktinvestitionen die Leistungsanreize, fördert die Innovation und senkt die Preise. Eine stabile Vertragsbeziehung zwischen der Schweiz und der EU stärkt zudem die Rechtssicherheit und fördert Investitionen.

Das Hauptmerkmal eines Ponzi-Schemas (aka. Pyramiden-System) ist, dass es ständig mehr Leute braucht, um es zu finanzieren. Das Überleben der AHV an Bevölkerungswachstum zu binden ist schwachsinnig. Wir müssen die AHV-Leistungen und -Beiträge ausrichten auf eine stagnierende oder sinkende Bevölkerung. Mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Personen/km² (wobei mehr als die Hälfte die besiedelbar ist; Vergleich: USA 30/km², CA 3/km², AU 3/km²) führt ein zusätzliches Bevölkerungswachstum zu einer abnehmenden Lebensqualität. Wir haben heute schon Probleme mit der Qualität des Trinkwassers im Mittelland, bei Trockenperioden reicht das Trinkwasser überall nicht mehr so gut, die Staus auf den Strassen und das Gedränge im ÖV nehmen jährlich zu, es werden immer mehr Grünflächen überbaut. Wenn das so weitergeht, wird die Schweiz ein Manhattan Europas. Erst wenn Lebensstandard, Lohnniveau, Sozialversicherungen und Lebensqualität auf dem Niveau unserer Nachbarn sind, wird die freie Migration stoppen. Deshalb muss die Schweiz vorher die Migration regulieren können und sollte auch schauen, dass vor weiterer Immigration zuerst qualifizierte arbeitslose/arbeitswillige Schweizer eine Job-Chance erhalten.

Der Konsens über die Notwendigkeit des Bevölkerungswachstums ist links wie rechts gross. Es profitiert die Wirtschaft, die mit der Bevölkerung ebenso wächst, wie die Staatseinnahmen.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Es ist mir aber unbegreiflich wie man ein permanentes Bevölkerungswachstum als Lösung eines demografischen Problems verkaufen kann. Wir wissen es alle: Das Modell "Dauerwachstum" funktioniert aus physikalischen Gründen nicht.

Im Jahr 1940, meinem Geburtsjahr, zählte die Schweiz 4,3 Millionen Einwohner. Heute leben 8,6 Millionen Menschen in unserem Land mit seiner unveränderten Fläche von 41'000 km², wovon ein gutes Viertel unbewohnbar ist (Gebirge, Seen, Flüsse). Mit anderen Worten: während meiner bisherigen Lebenszeit hat sich die Bevölkerung unseres Landes glatt verdoppelt.

Angesichts einer solchen Entwicklung ist das Wort von einer Bevölkerungsexplosion mehr als angebracht. Unbegreiflich, dass die im Artikel erwähnten Politiker die Lösung in einer weiteren Zuwanderung sehen, die das Problem ja nur zeitlich verschieben würde. Nein - unser kleines Land, das übrigens jeden Tag noch 240'000 Grenzgängern Arbeit bietet, hat sich demographisch und wirtschaftlich überdehnt. Unser ökologischer "footprint" ist alles andere als nachhaltig. Wir müssen die Einwanderung wieder unter Kontrolle bringen. Wir müssen wegen der höheren Lebenserwartung länger arbeiten. (Was spricht eigentlich gegen ein Pensionsalter 70 für körperlich wenig anspruchsvolle Berufe?) Wir müssen die ausufernden staatlichen Verwaltungen reduzieren und mehr Arbeitskräfte für produktive Tätigkeiten in der Wirtschaft und in Sozialberufen freisetzen usw.

Die Lebensqualität leidet bereits heute wegen knappen Ressourcen. Die Infrastruktur, öV, Badis, Natur usw., ist überlastet. Die Bevölkerungsdichte u. Ausbreitung des Staates kostet gewaltig u. wir haben die höchste Abgabenlast je. Das beschert laufend neue Verbote u. Vorschriften, die Gesetzestexte wachsen stark. Auch ist Land knapp geworden. So kann sich Otto Normalo kein eigenes Haus mehr leisten in seinem Land. Wer nicht erbt hat Pech gehabt, denn die eigene Wirtschaftsleistung oder ein einziges Einkommen reicht kaum. Für die Gen. unserer Pensionäre u. deren Eltern ging es noch auf. Ich finde es nicht cool, dass das ganze Land Versicherungen etc. gehört anstatt der Einwohner. Tragisch. Bevölkerungswachstum ist auch nur ein kurzfristiger Fix für unsere Altersvorsorge. Reform ist notwendiger. Vielleicht wäre ein Sparmodell auch für die AHV besser als ein Umverteilungsmodell? Auf j. Fall nachhaltiger als permanentes Bevölkerungswachstum. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre ist übrigens nur mit der Bevölkerung gewachsen ist, siehe BfS - Ein Kopf mehr zu füttern, ein Gipfeli mehr verkauft, das ist alles. Die Produktivität pro Kopf stagniert hingegen schon lange. Will heissen: der Schweizer hat von diesem Wirtschaftswachstum durchschnittlich nicht profitiert.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Das Heer von schlecht integrierten und ausgebildeten Ausländern, die nicht zu Unrecht auf einen angemessenen Lebensstandard pochen, sind eine soziale und demokratische Zeitbombe. Lösungen wären durchaus vorhanden: Die Erhöhung des Rentenalters, den Zwang (auch für Bauern), inländisch unqualifiziertes Personal anzustellen, anstatt billige Ausländer zu holen, der Stopp des Infrastrukturausbaus (braucht die Schweiz für sich eine zweite Gotthardröhre, zwei Eisenbahnbasistunnels oder eine sechsspurige Autobahn quer durchs Mittelland?) und die Begrenzung der medizinischen Versorgung. Gerade Corona hat die Absurdität der herrschenden Politik gezeigt und ihre Tendenz, Probleme in die Zukunft zu verschieben: Zufiele Rentner, zu wenig Pflegepersonal, zu hohe Gesundheitskosten, zu schlechte Volksgesundheit. Doch geschützt werden nicht diejenigen, die gesund leben und das alles finanzieren (müssen), sondern jene die die Kosten verursachen.

Das Hauptmerkmal eines Ponzi-Schemas (aka. Pyramiden-System) ist, dass es ständig mehr Leute braucht, um es zu finanzieren. Das Überleben der AHV an Bevölkerungswachstum zu binden ist schwachsinnig. Wir müssen die AHV-Leistungen und -Beiträge ausrichten auf eine stagnierende oder sinkende Bevölkerung.

Mit einer Bevölkerungsdichte von mehr als 200 Personen/km² (wobei mehr als die Hälfte die besiedelbar ist; Vergleich: USA 30/km², CA 3/km², AU 3/km²) führt ein zusätzliches Bevölkerungswachstum zu einer abnehmenden Lebensqualität. Wir haben heute schon Probleme mit der Qualität des Trinkwassers im Mittelland, bei Trockenperioden reicht das Trinkwasser überall nicht mehr so gut, die Staus auf den Strassen und das Gedränge im ÖV nehmen jährlich zu, es werden immer mehr Grünflächen überbaut. Wenn das so weitergeht, wird die Schweiz ein Manhattan Europas.

Erst wenn Lebensstandard, Lohnniveau, Sozialversicherungen und Lebensqualität auf dem Niveau unserer Nachbarn sind, wird die freie Migration stoppen.

Deshalb muss die Schweiz vorher die Migration regulieren können und sollte auch schauen, dass vor weiterer Immigration zuerst qualifizierte arbeitslose/arbeitswillige Schweizer eine Job-Chance erhalten.

Wenn ich mir die Arbeitslosenquote ansehe, oder an all 'die Ausgesteuerten denke, über die die Statistik hartnäckig schweigt, (worunter auch mein 50-jähriger Sohn seit bald 2 Jahren ist, dessen Unterhalt von uns, seinen Eltern bestritten wird), dann verstehe ich nicht wieso man von unbesetzten Stellen spricht... oder an die vielen Eingewanderten, die auf dem Sozialamt

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

landen...

Wenn schon Einwanderung, dann gezielte auf tatsächlich schwer zu besetzende Stellen, sei es im Pflegebereich, seien es fachlich hochqualifizierte Leute für digitale oder andere technische Spezialgebiete.

Kommentare

Wo ist der Ausgang aus dieser Irrenanstalt?

Die eigene Bevölkerung wird zu Arbeitssklaven für Migranten.

Wie sagte ein Politiker: Wem das nicht passt, kann ja gehen!

Das Volk hat zu arbeiten und Steuern zu zahlen und wehe sie machen den Mund auf, diese volksverachtende Politik geht auf Zeit nicht gut!

War doch klar. Es geht doch nicht um Recht oder Unrecht. Wer sagt denn, dass der EUGH für alle bindend ist? Wer gibt oder hat diesen Personen das Recht erteilt über Staaten zu Urteilen? Ich nicht! Ich denke mal auch kein Leser hier.

Dieses ganze Scheinasyl-System ist ein Verbrechen gegen natürliche Menschenrechte und gegen Völkerrecht und somit null und nichtig!

ABER, war von der EU etwas anderes zu erwarten, als ihre eigenen Verträge zu brechen?

“...Nicht weniger, sondern mehr illegale Zuwanderung wäre also die Folge.

Aber genau dieses Ziel scheinen zumindest Teile des politischen Establishments zu verfolgen!”

Das ist doch nichts Neues. GENAU DAS praktiziert die BR von D. Schon mit dem Eintritt in die EU wurden europäischen ‘Ausländern’ Tür und Tor geöffnet.

Dieser EuGH ist ein Verbrecher-Verein, der Europa destabilisieren will, indem er 100-Tausende ILLEGALE weiterhin ermuntert, nach Europa, respektive in die EU einzuwandern und hier ihre Scharia zu verbreiten!

Es gibt KEIN Land auf der Welt, in dem Verbrecher, Sozialschmarotzer und Terroristen VOR das eigene Volk gestellt werden, nur mit dem Ziel, dem Land und dessen (Ur-)Einwohnern langfristig massiven Schaden zuzufügen...!!

Der EuGH wird **alle** Staaten so lange verklagen, bis die bestellten **500 Millionen** jungen Afrikaner angekommen sind, die massenhaft **illegal** angekarrt werden,

Der EuGH weiss auch bestimmt, dass Brüssel beschloss, das ganz Europa mit 500 Millionen junger Afrikaner zur Umvolkung geflutet werden soll,

Die Grünen jammern, aber die Überbevölkerung wollen sie zulassen.

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

EU hat keine valable Sicherheitspolitik. Keine Machtpolitik zu unserem Nachteil
Die meinen es wirklich ernst, dass wir uns denen anpassen müssen.

Einziger Punkt ist doch, dass wir selbst bestimmen wollen, wer in unser Land kommt.

Wir müssen unser eigenes Land selbst schützen, genauso wie die eigene Ernährungssicherheit.

Arbeitslosigkeit nimmt zu, die Entlassungswelle kommt erst auf Ende Jahr.

Alle Länder wissen, dass wir über ein gutes Sozialnetz verfügen.

Schon bei der EU-Abstimmung sind die Befürchtungen nicht eingetroffen, im Gegenteil: Heute stehen wir besser da als die EU-Mitglieder mit ihrer Schuldenlawine und ihren Entscheidungen, die alle TOTAL an den Völkern in Brüssel getroffen wurden.

Als die MEI am 9. Februar 2014 vom CH-Volk und den Ständen mittels Volksabstimmung angenommen wurde hatte das Parlament einen klaren Auftrag diese umzusetzen. Da diese Initiative von den CH-Politikern mit der "pfefferscharfen Umsetzung" nicht umgesetzt wurde kommt es jetzt zu dieser Abstimmung.

Ebenfalls hat es der Bundesrat unterlassen den damaligen Zeitrahmen für die Gespräche mit der EU auszunutzen. Da dies faktisch einer Arbeitsverweigerung gleichkommt wäre es an der Zeit, dass diese Bundesrätin wenigstens in Zukunft ihre Arbeit korrekt ausführt statt Sprüche über den Wohlstand welche den Durchschnittsbürger nie erreicht hat zu klopfen.

Bei dieser Initiative steht nirgendwo geschrieben, warum es zum Brexit kam.

Genau: Wegen der Personenfreizügigkeit!

Und so kommt der Bundesrates und die CH-Parteien zum Schluss:

England geht raus (mit ihren neg. Erfahrungen) und die Schweiz geht mit beiden Beinen rein (in den EU-Moloch).

Was ist vorzukehren? Die kommende Abstimmung lässt grüssen!

Soll die Schweiz die Politik der offenen Grenzen zur EU für den Arbeitsmarkt beenden? Das fordert die im September zur Abstimmung kommende SVP-Initiative. Kündigt die Schweiz das Abkommen zur Personenfreizügigkeit, fallen kraft einer «Guillotine Klausel» auch die sechs anderen Abkommen dahin, die zum Vertragspaket der «Bilateralen I» gehören.

Diese Frage stellt sich anders! Die Schweiz will die Grenzen zur EU nicht schliessen, die Schweiz will selbst bestimmen, wie offen die Grenzen zur EU sind! Und dazu braucht es Verhandlungsbereitschaft der EU, was unter Freunden ja logisch sein müsste...!

Kündigungsinitiative (Begrenzungsinitiative)

Ohne den Willen der Schweiz, das geltende Regime zu ändern, wird die EU auch nicht verhandeln wollen. Es braucht deshalb einen Volksentscheid, um die EU an den Verhandlungstisch zu bringen. Bisher sah sich die EU dazu nicht genötigt und auch nicht gedrängt! Das Argument, mit einer Kündigung der Personenfreizügigkeit würden auch die sechs anderen Abkommen dahinfliegen, hängt wie ein Damoklesschwert über der Argumentation der Gegner der Begrenzungsinitiative.

Damit wird Angst geschürt, denn es ist keinesfalls sicher, dass die EU die bilateralen Verträge kündigen würde. Eine Pflicht zur Kündigung der „Bilateralen“ besteht auch aus der Sicht der Schweiz nicht. Die Kündigung seitens der Schweiz wurde lediglich von den Initianten in die Initiative aufgenommen, um Druck gegenüber der EU zu erzeugen und mitzuteilen, dass man gewillt ist, im Falle einer Gesprächsverweigerung einen Schritt weiterzugehen.

Die Initianten werden sich dies gut überlegt haben, so ist die Frage des Wertes aller sieben Abkommen umstritten. Die EU selbst dürfte auf die wenigsten dieser sieben Abkommen mit der Schweiz verzichten wollen. Deshalb ist es unrealistisch, dass die EU im Falle eines Ja des Souveräns alle sieben Abkommen mit der Schweiz kündigen würde. Und die Schweiz hat ja Erfahrung, im Nachgang zu einem Volksentscheid (Ja zur Masseneinwanderungsinitiative einen Volksentscheid nicht umzusetzen. Zu diesem Vorgehen könnte sich die Schweiz wiederum entscheiden und damit das Argument, dass mit einem Ja zur Begrenzungsinitiative alle sieben Abkommen wegfallen, würden, entkräften.